



Berlin, 2. Dezember 2009

GdP: Innenminister sollen Weg für Gewaltstudie freimachen

Berlin. Mit der geplanten Befragung von 250.000 Polizeibeamtinnen und -beamten erhofft sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch einen wesentlichen Beitrag zur Ergründung der wachsenden Gewalt in der Gesellschaft und der zunehmenden Staatsferne bestimmter Gruppen. An die am morgigen Donnerstag in Bremen beginnende Innenministerkonferenz (IMK) appelliert die GdP, endlich „grünes Licht“ für die Studie zu geben, die das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) durchführen soll.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Seit Jahren sind Polizeibeamtinnen und -beamte einer wachsenden Gewalt ausgesetzt, die an Brutalität und Menschenverachtung zunimmt. Die steigende Zahl von Übergriffen auf die sichtbaren Vertreter des Staates signalisiert, dass in der deutschen Gesellschaft unheilvolle Veränderungen im Gange sind. Vom Erfolg der Studie hängt es nicht nur ab, Konsequenzen für einen besseren Schutz meiner Kolleginnen und Kollegen ziehen zu können, sondern auch wirksame gesellschaftspolitische Gegenmaßnahmen zu entwickeln.“

Nachdem Irritationen über einzelne Fragenkomplexe von den Wissenschaftlern ausgeräumt worden seien, so Freiberg, gebe es keine Gründe mehr, die Studie „Gewalt gegen Polizei“ weiter hinauszuzögern.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190